Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 338. Halle, Sonnabend, den 21. Juli **1917.**

Vorstöße im Westen, Fortschritte im Osten.

Der Kaiser und die Parteiführer.

Das Zusammentreffen des Kaisers mit den Parteiführern bei Staatssekretär Dr. Helfferich ist wohl mehr als eine äußerliche Bekundung der Gemeinsamkeit, die Krone und Volk in diesem Ringen verbindet. Es ist gleichzeitig ein Anerkenntnis der veränderten Stellung der Volksvertretung.

Was in diesem großen zwanglosen „Kronrat", an dem neben dem Kanzler die Bundesratsmitglieder, Staatssekretäre, preußischen Minister mit den führenden Mitgliedern der Reichstagsfraktionen teilnahmen, besprochen worden ist, ist bisher noch nicht genauer bekannt, wird vielleicht in manchen Punkten nicht bekannt werden. Wahrscheinlich aber ist, daß in persönlichen Gesprächen dort die Richtlinien der Politik des neuen Kurses schärfer umrissen, genauer festgelegt worden sind, als das im Reichstag geschah. Man mag vom „Verständigungsfrieden" gesprochen haben, wie ihn der Kanzler versteht, man mag sich auch über die Männer unterhalten haben, die, vom Vertrauen der großen Fraktionen getragen, nunmehr auf leerwerdenden Ministersesseln Platz nehmen und die fallenden Staatssekretäre ersetzen sollen. Man hat vielleicht auch vom preußischen Wahlrecht gesprochen, darüber, wie man die störrische Landtagsmehrheit gefügig macht, ohne ihr wehe zu tun.

All das aber sicherlich in unverbindlicher Form, in verbindlichem Plauderton, der Ton, der zu nichts verpflichtet, als zum höflichen Zuhören, und der es gestattet, seiner eigenen Anschauung Ausdruck zu geben, ohne zum Turnier gewappnet vor versammeltem Volk in der Arena zu erscheinen. Die ungezwungene freie Bewegung kommt einem solchen Gedankentaustausch sicherlich zustatten.

Auffällig könnte es erscheinen, daß die Begegnungen zwischen dem neuen Kanzler und den Parlamentariern und die erste zwanglose gesellschaftliche Berührung zwischen dem Kaiser und den Führern der Reichstagsparteien bei Helfferich stattfanden. Das aber erklärt sich leicht damit, daß das Reichskanzlerpalais zum Empfang von Gästen noch nicht bereit sein dürfte.

Irgendwelche formellen Beschlüsse werden bei der Zusammenkunft naturgemäß nicht gefaßt sein. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie nicht nur eine sachliche, sondern auch eine persönliche Fühlungnahme erstrebte, auf der dann später weiter gebaut werden kann. Diese Fühlungnahme zwischen der Krone und den Parteien fehlte bisher ganz, denn die offiziellen Empfänge des Reichstagspräsidiums kann man nicht dazu rechnen, ebensowenig wie Hoffestlichkeiten und parlamentarische Abende, auf denen die gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers und der Parlamentarier nicht viel zu bedeuten hatte.

An sich sind ja gesellschaftliche Veranstaltungen, auch wenn sie eine bestimmte Tendenz zeigen, nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Es kommt im wesentlichen darauf an, daß die Grundstimmung eine Gemeinsamkeit nicht nur des Zieles, sondern auch der Wege zuläßt. Aber gerade darum ist es bemerkenswert, daß diesmal auch Sozialdemokraten dem Zusammentreffen mit Kaiser Wilhelm nicht abgewichen sind. Wer sich noch der leidenschaftlichen Debatten über die „Hofgängerei" vor wenigen Jahren erinnert, der wird die Wandlung bei der Sozialdemokratie ebenso zu würdigen vermögen, wie die Wandlung, die sich im Anfang des Krieges bei Kaiser Wilhelm vollzog, als er erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr!"

Freilich eines haben wir bei dieser Zusammenkunft vermißt und das gehört zur neuen Zeit, wie die Anerkennung des Einflusses der Volksvertretung auf die Geschicke der Nation. Die Presse, die auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik die Gesamtstimmung, wenn nicht schafft, so zum mindesten doch ausgleicht, den Grundton angibt, der im Fühlen des Volkes entscheidend ist, sie hat man vergessen. Man glaubt immer noch in der Presse nur ein willfähriges Werkzeug, die dienende Magd sehen zu dürfen, die man orientiert, soweit man es für notwendig hält. Damit begeht der neue Kanzler denselben Fehler, den sich seine Vorgänger zuschulden kommen ließen. Solange man die Presse nicht als gleichberechtigten Faktor ansieht, dessen erfolgreiches Wirken nur durch genaue Kenntnisse von Personen und Dingen gewährleistet wird, solange nicht in lebendiger Wechselwirkung zwischen Regierung, Parlament und Presse der Boden für ein gemeinsames Ziel bereitet wird, solange deutsche Journalisten bei solchen Veranstaltungen draußen bleiben, darf man sich nicht über manche unleugbaren Schwerfälligkeiten und Fehler wundern, die wie vor dem Kriege noch im Kriege — nicht nur trotz, sondern infolge der Bevormundung durch den Zensor — vorkamen. Nur eine gut unterrichtete, freie, stolze Presse vermag mit voller Erfolgsicherheit zu wirken.

D.

Zu der Zusammenkunft bei Helfferich wird weiter ausführlich berichtet:

Der Kaiser hat gestern, also zum ersten Male seit dem 4. August 1914, wieder Gelegenheit genommen, mit Mitgliedern des Parlamentes offiziell zu sprechen. Gelegenheit hierzu gab die Einladung, die Staatssekretär Dr. Helfferich an die Fraktionsführer der Reichstagsparteien zu gestern nachmittag hatte ergehen lassen. Der Kaiser hatte sein Erscheinen für die sechste Stunde in Aussicht gestellt und traf etwa ¾6 Uhr im Reichsamt des Innern ein. In seiner Begleitung befanden sich zwei Adjutanten, darunter der Moewe-Kommandant Graf Dohna-Schlodien. Die eingeladenen Abgeordneten erschienen gegen 6 Uhr. Es hatten sich eingefunden: das Reichstagspräsidium, die Herren Dr. Kämpf, Geheimrat Paasche und Geheimrat Dove, ferner die fortschrittlichen Abgg. von Payer, Fischbeck und Müller-Meiningen, die nationalliberalen Abgg. Prinz Schönaich-Carolath, Dr. Stresemann, Schiffer-Magdeburg, die Zentrumsabgg. Erzberger, Fehrenbach, Dr. Mayer-Kaufbeuren und Herold, der Christlich-Soziale Behrens, von der Deutschen Fraktion Warmuth, der Pole Sendа, die Elsässer Hauß und Dr. Ricklin und die Konservativen Westarp, v. Heydebrand und Geheimrat Dietrich. Zum erstenmal traf der Kaiser auch mit sozialdemokratischen Abgeordneten als offiziellen Vertretern der sozialdemokratischen Partei zusammen. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren die Abgg. Scheidemann, Ebert, Dr. David, Dr. Südekum und Molkenbuhr erschienen. Dr. Südekum trug Leutnantsuniform. Die übrigen Herren hatten zum Teil Gehrock, zum Teil Straßenanzug angelegt. Außer den Abgeordneten waren der Reichskanzler, sämtliche Staatssekretäre, Minister und Bundesratsbevollmächtigte anwesend.

Die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und den Erschienenen war sehr angeregt. Sie berührte alle schwebenden politischen Fragen. Der Kaiser zog jeden einzelnen ins Gespräch, das zwanglos geführt wurde. Erst gegen 9 Uhr verließen der Kaiser und die Eingeladenen die Empfangsräume im Reichsamt des Innern.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 21. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Flandern tobte auch gestern der Feuerkampf in nur zeitweilig umfassender Heftigkeit.

Im Artois steigerte sich die Artillerietätigkeit vormittags zwischen La Bassée-Kanal und Lens, nachmittags auch auf beiden Ufern der Scarpe.

Wie in den Vortagen blieben Vorstöße starker Erkundungsabteilungen gegen mehrere Stellen unserer Front für den Feind ergebnislos.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nur im mittleren Teile des Chemin des Dames war die Feuertätigkeit stark; französische Angriffe sind bisher nicht erfolgt.

Dagegen drangen abends Teile eines westfälischen Regiments in die feindliche Stellung, überwältigten die Besatzung und kehrten heute früh mit 100 Franzosen von dem kühnen Handstreich vollzählig wieder in unsere Stellung zurück.

Auch bei Fort de la Pompelle (südöstlich von Reims) und auf beiden Maasufern brachten Erkundungen durch frisches Draufgehen eine größere Zahl von Gefangenen ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Unsere Angriffsbewegung in Galizien hat den beabsichtigten Verlauf genommen.

Hinter den eilig zurückgehenden russischen Kräften, von denen nur Teile sich bisher zu Nachhutkämpfen stellten, haben unsere Truppen im ungestümen Nachdrängen in 40 Kilometer Breite die Straße Zloczow-Tarnopol beiderseits von Jezierna überschritten.

Wo der Feind standhielt, ist er in raschem Ansturm geworfen worden; wie in früheren Jahren künden brennende Ortschaften und große Zerstörungen den Weg, den die Russen genommen haben.

Weitere Kämpfe werden erwartet.

Nördlich von Brzezany nahmen österreichisch-ungarische Truppen die am 1. Juli verlorenen Stellungen nach hartem Kampfe zurück.

Nördlich des Dnjestr scheiterten Vorstöße der Russen vor unseren Linien.

Südlich des Flusses wurde der Feind aus Dabin geworfen. Bei Nowica stürmten deutsche und österreichisch-ungarische Regimenter die russischen Höhenstellungen trotz hartnäckiger Gegenwehr.

Vom Stochod bis zur Ostsee steigerte sich vielfach die Feuertätigkeit; besondere Stärke erreichte sie zwischen Krewo und Smorgon und bei Dünaburg.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Im nördlichen Teil der Waldkarpathen hat das lebhafte Feuer angehalten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Am unteren Sereth sind die Russen und Rumänen tätiger als bisher.

Ein eigener Vorstoß an der Rimnicul-Mündung brachte uns 80 Rumänen und mehrere Maschinengewehre ein.

An der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Rund 30 000 Tonnen.

Berlin, 20. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer:

rund 30 000 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete tief beladene englische Dampfer „Haigh Hall" (4809 Br.-Reg.-To.), der aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen wurde, ein italienischer Dampfer von etwa 3000 Br.-Reg.-To., der griechische tief beladene Dampfer „Ariengo Goulandris" (3191 Br.-Reg.-To.), der beladene japanische Dampfer „Shinsan Maru" (3512 Br.-Reg.-To.) und der geleitete französische Dampfer „Courbier" (2386 Br.-Reg.-To.).

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Versenkt.

WTB. **Kopenhagen, 20. Juli. Das dänische Ministerium des Aeußern gibt bekannt: Der dänische Dampfer „Vesta" wurde auf der Reise von Island nach England versenkt. Fünf Mann der Besatzung sind umgekommen. Der Rest, darunter der Kapitän, wurde gerettet. Der dänische Schuner „Emmanuel" und der isländische Fischkutter „Acora" wurden versenkt.**

Zu den letzten Sitzungstagen des Reichstags.

Man schreibt uns aus Berlin:

„Michaelis-Ferien" hat der (erfreulicherweise noch nicht ganz ausgestorbene) Humor der Wandelhalle die Atempause getauft, die der Reichstag sich selbst und dem neuen Kanzler gönnt.

Der neue Kanzler, dessen Wesen offenbar die diplomatisch fein geschliffene Dialektik des Fürsten Bülow ebenso fern liegt, wie die kluge Eigenprägung politischer Gedanken, über die sein unmittelbarer Amtsvorgänger verfügte, und der ganz der Typus eines Staatsmannes ist, wie sie in anderen Ländern an die Spitze von Beamten- und Arbeitsministerien gestellt werden, befand sich am Donnerstag in heikler Lage. Er betrat zum ersten Male den Boden der Außenpolitik, die ihm völlig neu war, er sprach zum ersten Male nicht nur vor dem Reichstag, sondern vor der Welt, vor einer feindlichen Welt zudem, die naturgemäß jedes Wort gegen uns auszunutzen bereit ist; er sprach zu seinem eigenen Volke, dessen Meinungen über den Frieden und seine Möglichkeiten und Bedingungen weit, und dem Anschein nach unüberbrückbar auseinanderweichen. Mit vielem Glück und mit erfreulicher Klarheit hat der Kanzler den Frieden aufgezeichnet, auf dem sich alle Meinungen und alle Völker vereinigen können: einen Frieden, der die Grenzen des Reiches für alle Zeit sicherstellen und zugleich die **Grundlagen für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden soll.**

Die Friedensziel-Erklärung scheint offenbar auch dem Kanzler die Möglichkeit zu bieten, mit ihr vor die kämpfende **Welt hinauszutreten und auf ihrer Grundlage aussichtsvolle Verhandlungen zu beginnen.** Um so erstaunlicher mußte demgegenüber die Haltung der Parteien wirken. Das Stimmenverhältnis, mit dem die Friedensresolution angenommen wurde — 214 zu 116 bei 17 Enthaltungen — gibt ja im Grunde ein falsches Bild. Die 15 Polen, die sich der Abstimmung enthielten, sind natürlich ebenfalls für einen „Verständigungs"-frieden; sie wollten nur das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ausdrücklich betont wissen, das aber doch in Wahrheit von keiner Seite ärger bedroht ist als — von unseren Feinden. Die Nationalliberalen wiederum sind nach der von ihnen abgegebenen Erklärung ebenfalls gegen gewaltsame Eroberungen und für einen Ausgleichsfrieden; sie hielten nur eine förmliche Erklärung des Reichstags für unnützlich. Und endlich haben mit der Minderheit gegen die Resolution auch die zwanzig „unabhängigen Sozialisten" gestimmt, denen der grundsätzliche Verzicht auf die gewaltsamen Eroberungen nicht weit genug geht, die auch die „Wiederherstellung" ausdrücklich angeboten wissen wollen, eine Taktik politischer Selbstverleugnung, die natürlich angesichts der Haltung unserer Gegner niemand außerhalb der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170721027/fragment/page=0001

Haasegruppe mitmachen konnte, auch wenn die Herren nicht bei dieser Gelegenheit abermals versucht hätten, dem Deutschen Reichstag ihr Programm einer „sozialen Republik" aufzuoktroyieren. Zieht man alle diese Extraturen in Rechnung, so ergibt sich, wie gesagt, eine fast an Einmütigkeit grenzende Mehrheit des Reichstages für einen Friedensverständigung und Versöhnung, den auch die Reichsleitung und, wie der Kanzler ausdrücklich versicherte, auch die Oberste Heeresleitung zu schließen bereit sind, wenn — unsere Feinde ihn haben wollen!

Die unabhängigen Sozialisten haben am Donnerstag noch eine zweite Heldentat vollbracht, indem sie verhinderten, daß unmittelbar nach der zweiten auch die dritte Lesung der Kriegs-Kreditvorlage vorgenommen wurde, und das Haus schon an diesem Tage in die Ferien gehen konnte. Nach der Geschäftsordnung genügt es, wenn 15 Mitglieder des Hauses gegen die sofortige Vornahme einer dritten Beratung Einspruch erheben. Herr Ledebour hatte alle zwanzig seiner Getreuen zur Stelle, und so konnte eine spöttischer Zuruf der eigenen früheren Parteigenossen den ersten Sieg der „Unabhängigen" konstatieren. Die Abgeordneten Haase und Ledebour haben es, am Donnerstag überhaupt nicht, und am Freitag nur oberflächlich, versucht, die Gründe ihrer Obstruktion zu verraten. Man hätte den Wunsch einer längeren Aussprache über gewisse Fragen der auswärtigen und inneren Politik an und für sich verstehen können. Es wäre gewiß interessant zu hören gewesen, wie der neue Kanzler sich die Durchführung der Parlamentarisierung denkt, zu der er ja nicht ausdrücklich Parlamentarier, sondern nur Männer berufen will, die das gemeinsame Vertrauen der Regierung und des Parlaments genießen. Vielleicht hätte sich der Reichskanzler auch über die Frage des „Reichsrats" oder „Oberhauses" äußern können, die der Abgeordnete von Payer ihm deutlich genug vorgelegt hatte. Es wäre ferner außerordentlich wichtig gewesen, zu erfahren, warum man das Vertrauen des Reichstages nicht bei der doch zweifellos in nächster Zeit zu erwartenden Neubesetzung der leitenden Aemter im Reiche schon jetzt in Anspruch nimmt. Man hätte vielleicht auch gern gehört, ob der Kanzler die ihm nachgerühmte starke Hand sofort, zum Beispiel gegenüber den einzel- und innerstaatlichen Lebensmittelausfuhrverboten, zeigen will, die zu der herrschenden Unzufriedenheit ihr redlich Teil beitragen. Man hätte vielleicht auch ein kräftiges Wörtlein der Klärung über unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn gehört, nicht über das Bündnisverhältnis, dessen Nutzen und Notwendigkeit ja auch jenseits der Grenze kein Mensch leugnet, der sich noch bei gesunden Sinnen befindet, wohl aber vielleicht über den für die innere Kriegführung notwendigen Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen, bei dem wir nicht länger den Kürzeren ziehen dürfen. Kurz, es gab genug dringlicher Fragen und Gesprächsthemen.

Der Reichstag hat sich auf die Friedenserklärung beschränkt. Trotz mancher Bedenken will uns scheinen, daß er gut daran getan hat. Er hat damit den Ernst und die Feierlichkeit seiner Kundgebung unterstrichen. Keiner der Redner hat Zweifel darüber gelassen, daß es sich nicht um ein Friedensangebot, sondern um einen Friedenswunsch handelt, und der Reichskanzler insbesondere hat bei aller Knappheit den unwiderleglichen Beweis geführt, daß dank unserer wirtschaftlichen und militärischen Lage von einem Zwang zum Frieden bei uns nicht die Rede sein kann. Der Abgeordnete Scheidemann endlich hat in der Donnerstagssitzung mit Recht ausgeführt: wenn eine ähnliche Resolution im englischen Unterhause eingebracht und dort ähnlich beantwortet werden würde, wie sie im Deutschen Reichstag von der Regierung beantwortet worden ist, so könnten die Friedensverhandlungen morgen beginnen. Wohlan: die anderen haben das Wort!

Reichstagsrückblick.

In seinem Abschiedswort an die Abgeordneten hat der Präsident des Reichstages die abgeschlossene Juli-Session eine kurze, aber bedeutungsvolle Tagung genannt. In der Tat, wenn man die Erwartungen vor Beginn und die Erfolge bei Abschluß der Sommersitzung miteinander vergleicht, springt das Erreichte als sehr bedeutsam in die Augen. Der Reichstag hat mit der nun schon gewohnten Einmütigkeit, die von dem anderthalb Dutzend „unabhängigen" Sozialdemokraten der äußersten Linken nicht mehr ernstlich beeinträchtigt wird, den geforderten neuen Milliardenkredit für die weitere Kriegführung bewilligt. Er hat außerdem auf dem Gebiete der Neuorientierung die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen und die Teilung der großen Reichstagswahlkreise durchgesetzt. Und er hat schließlich mit starker Mehrheit ein Kriegsziel aufgestellt, dem sich die Reichsregierung, wenn auch in modifizierter Form, anschloß, und so eine Initiative auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bekundet. Da auf den Druck fast aller großen Parteien auch ein Kanzlerwechsel herbeigeführt worden ist, dem weitere Veränderungen in den höchsten Amtsstellen des Reiches folgen sollen, ist zum erstenmal während des Krieges, ja seit Bestehen des Deutschen Reiches, die deutsche Volksvertretung mit einem Einfluß hervorgetreten, wie man ihn vor kurzem noch nicht erwarten konnte.

Daß solche durchgreifenden Aenderungen mit starken Erregungen innerhalb und außerhalb des Reichshauses verbunden waren, ist nur natürlich. Die Geister sind in den geschlossenen Ausschußsitzungen und in der entscheidenden Vollversammlung des Reichstages wiederholt stark auseinandergeplatzt. Aber im ganzen waren doch alle Auseinandersetzungen vom Geist der Sachlichkeit getragen. Tiefe Vaterlandsliebe und ernste Sorge um Deutschlands Zukunft beeinflußte den Meinungsstreit. Das Gefühl, daß die Minderheit vergewaltigt sei, kann berechtigterweise nicht aufkommen. Man hat wochenlang in vertraulichen Beratungen alle Streitfragen aufs gründlichste erwogen und schließlich durch namentliche Abstimmung den Mehrheitswillen der Volksvertretung einwandfrei festgestellt. Das ist zu allen Zeiten guter parlamentarischer Brauch, und die Ueberstimmten werden sich auch in diesem Falle ruhig mit ihm abfinden.

Im Mittelpunkt aller Aufregungen stand die brennendste Gegenwartsfrage: Wie bringen wir den furchtbaren Krieg möglichst bald zum Abschluß? Daß unsere Fronten mit aller Kraft gehalten werden müssen, daß der U-Boot-Krieg in der verschärften Form weiterzuführen ist, daß die Heimat im Durchhalten einmütig und geschlossen wie bisher zusammenzustehen hat, darüber ist nicht der mindeste Zweifel laut geworden. Nur wegen der einzuschlagenden politischen Wege zur Abkürzung des Krieges tobte der Streit. Die einen verlangten scharfe Betonung unbeirrbarer Kriegsentschlossenheit und unbeugsamen Siegeswillens, die anderen versprachen sich mehr von feierlicher Verkündung der Friedensbereitschaft und des Versöhnungswillens. Ein neues Friedensangebot wurde von allen Seiten als Kundgebung der Schwäche verworfen. Die Mehrheit der deutschen Volksvertretung hat sich für die Friedensbekundung entschieden. Sie hofft damit den Willen zum Durchhalten im eigenen Volke zu straffen und die zweifellos vorhandene Kriegsmüdigkeit in den feindlichen Volksmassen zu steigern. Eine sofortige Einlenkung der feindlichen Staatsmänner und kriegshetzerischen feindlichen Zeitungen erwartet niemand, wohl aber eine allgemeine und wachsende Friedensstimmung in der Welt. Die nächsten Monate werden bereits zeigen, ob die Rechnung richtig oder falsch gewesen ist.

Die Demokratisierung der inneren Einrichtungen des Reichs und der Einzelstaaten ist von der Mehrheit des Reichstages, zu der in diesem Falle auch die nationalliberale Partei hält, aus gleichen friedliebenden Beweggründen gefordert und betrieben worden. Den Feinden und den Neutralen soll das wirksame moralische Agitationsmittel, als ob Deutschland der letzte Hort der Unfreiheit und der Autokratie wäre, entwunden werden. Auch hier war vorauszusehen, daß sich unsere Feinde von dem Erreichten und noch Angestrebten zunächst nicht imponieren lassen würden. Aber gegen offenkundige Tatsachen werden sie in Zukunft nicht mit dauerndem Erfolg anzukämpfen vermögen. Für den Reichstag gab auch weit mehr das Bedürfnis des eigenen Volkes als der Wunsch des feindlichen Auslandes den Ausschlag für sein Handeln.

Mit einer noch vor kurzem für unmöglich gehaltenen Mehrung seines Einflusses auf die äußere und innere Politik des Reiches und seines Ansehens in der Welt ist der Reichstag in die Sommerferien gegangen. Während der Vertagung werden die Führer der Mehrheitsparteien ihre Bestrebungen zur Steigerung des Einflusses der Volksvertretung auf die Geschicke der Nation gemeinschaftlich fortsetzen. Die Neubesetzung hoher Reichs- und Staatsämter wird sich im Einvernehmen mit ihnen vollziehen. Wenn die Wünsche, die wir an die Neuordnung der Dinge knüpfen, auch noch nicht voll erfüllt sind, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Juli-Tagung erhebliche Fortschritte brachte und daß wir nun endlich auf dem Wege marschieren, der uns dem Ziele einer lebendigen Mitwirkung des Volkes an den Geschicken der Nation, der uns einer neuen Zeit entgegenführt.

Neutrale Stimmen.

Kopenhagen, 20. Juli. Der Rede des neuen Reichskanzlers hatt man hier mit der größten Spannung entgegengesehen. Alle bedeutenden Blätter veröffentlichen heute die Rede im Wortlaut. Sie wird jedoch nur von Politikern kommentiert. Das "Blatt" schreibt: Beim sorgfältigen Durchlesen der Rede kommt man zu dem Ergebnis, daß Dr. Michaelis nichtwesentlichanderssprach als Dr. von Bethmann Hollweg, als dieser am 15. Mai die Forderung der Konservativen und Sozialdemokraten auf Bekanntgabe der Kriegsziele Deutschlands zurückwies. Dr. von Bethmann Hollweg hielt damals ein „allgemeine Grundsätze" die „deutlich genug" sein sollten, die aber doch von niemand gedeutet werden konnten. Dr. Michalis stand vor der Friedensformel, die eine reine Statusquoformel war, und er meinte, daß das Kriegsziel Deutschlands sich innerhalb der Resolution, wie er sie auffasse, erreichen lasse. Der Kanzler will damit sagen, daß sich die Statusquoformel auf ganz verschiedene Weise deuten läßt. Er deutete auch näher an, in welcher Richtung er sie selbst verstehe. Er sagte unter anderen, die Grenzen des deutschen Reiches müssen für alle Zeiten gesichert werden, und auf dem Wege der Verständigung durch einen Vergleich müßten Garantien für die Lebensbedingungen des deutschen Reiches auf dem Kontinent und jenseits der Meere geschaffen werden. Dr. Michaelis hat also die Resolution der Mehrheitsparteien angenommen, aber wohlgemerkt so, wie er sie versteht. Ueber seine Auffassung kann man bis auf weiteres verschiedener Meinung sein. Was das innere Programm der Neuorientierung betrifft, fielen die Worte des Kanzlers hierüber sehr unbestimmt aus. Noch unbestimmter erklärte sich der Kanzler über eine Parlamentarisierung Deutschlands. Er wünsche natürlich eine lebhafteres und wirkungsvolles Zusammengehen zwischen Parlament und Regierung, aber er betonte in einem scharfen bestimmten Satz, daß er nicht gesonnen sei, die Leitung seiner Hand entgleiten zu lassen.

TU. **Rotterdam**, 20. Juli. (Telunion.) Nachdem einzelne Blätter bereits in ihren gestrigen Abendausgaben verschiedene Sätze aus der Reichstagsrede des neuen Kanzlers veröffentlicht hatten, bringen die heutigen Morgenzeitungen die Rede und heben verschiedene Stellen, wie die Ausführungen über die Kriegsziele und die Einführung des Parlamentarismus durch Sperrdruck hervor. Der Berliner Korrespondent des „N. R. C." faßt in einem Telegramm die Rede dahin zusammen: Der Reichskanzler legte sich auf die Friedensresolution fest. Weniger direkt waren seine Auslassungen über die Einführung des parlamentarischen Systems. In den Berichten, die in einem Telegramm eines Haagschen Nachrichtenvertriebs gebracht würden, heißt es: Dieses ist gewiß kein parlamentarisches System in dem Sinne wie es Scheidemann und v. Payer wünschen; aber es ist insofern doch, als dadurch die durchschnittliche Geistesverfassung des Reichstages zum Ausdruck kommt. Der von den Radikalen und den Sozialisten gewünschte Uebergang wäre nicht ungefährlich für Deutschland, aber wer die Illusion gehabt haben sollte, daß die Rede des neuen Kanzlers sofort Bedingungen geschaffen haben würde, durch die ein vierter Kriegswinter vermieden werden könnte, wird sich enttäuscht sehen. Der Bericht bemerkt noch weiter, daß dies nur flüchtige Eindrücke aus den noch unvollständig vorliegenden Nachrichten seien und daß die Bedeutung der Rede für den Frieden erst festgestellt werden könnte, nachdem sie vollständig vorliegt. — „Het Vaterland" hält die Tatsache, daß die Friedensresolution im Reichstage mit 214 gegen 116 Stimmen zur Annahme gelangte, für von großer Bedeutung.

T. d. D. **Berlin**, 20. Juli. "Sozialdemokraten" (Kopenhagen) vom 17. 7. schreibt: Die Parole: Kampf der Vereinigten Demokratien gegen die Autokratien übt auf Naive natürlich ihre Wirkung aus. Man vergißt, daß der Kampf gegen die Autokratie zweieinhalb Jahre hindurch zusammen mit dem russischen Zarismus geführt werden konnte. Selbstverständlich wird der Weltkrieg nicht für demokratische Grundsätze geführt. Nicht dafür ging z. B. das nach preußischem Muster modernisierte Japan mit, ebensowenig Rumänien und Rußland. Der Krieg wird nicht für Ideen, sondern für Interessenten geführt. Die Sozialdemokraten haben ständig Deutschlands und Rußlands Demokratisierung gewünscht. Wir können uns aber die Erreichung dieses Zieles nur denken durch einen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden, durch Wachsen und Sieg der Demokratie und des Sozialismus in allen Ländern, im gleichen Augenblick, wo Deutschland demokratisiert wird, wird die Chauvinisten-Presse der Verbandsländer versichern, daß dies nichts zusage en hat. Der französische Kriegsminister erklärte schon in dem Gefühl, daß eine Propagandaphrase schwindet: „Wir kämpfen nicht für Deutschlands Demokratisierung, sondern für die Rückeroberung Elsaß Lothringens." Das offizielle Frankreich, das angeblich für das Recht der Nationen kämpft, will nichts von einer Volksabstimmung über Elsaß Lothringen wissen; ebenso bleibt Englands Kriegsziel, trotz aller Propaganda, gegen den „agressiven Imperialismus" die Befestigung, Erweiterung und Abrundung des englischen Imperiums, in erster Linie durch Eroberung der deutschen Kolonien und türkischen Gebietsteils.

Bern, 20. Juli. Bei Besprechung der Kanzlerrede drückt der „Bund" die Meinung aus, daß die Hoffnungen vieler Kreise des deutschen Volkes, die sich an diesen Tag der „Demokratisierung" geknüpft hätten, kaum verwirklicht werden würden. Bezüglich der äußeren Politik habe Dr. Michaelis nicht viel mehr gesagt als Bethmann Hollweg. Unter allen Umständen habe Michaelis nicht gesagt, was unter „Sicherung der Grenzen des Reiches für alle Zeiten" zu verstehen sei. Die Erklärungen über die innere Politik klängen nicht sehr demokratisch. Es sei fraglich, ob daß dem Sinn der von den Mehrheitsparteien gefaßten Beschlüssen entspreche. Die ganze Richtung Michaelis' kennzeichne sich übrigens nicht schlecht durch die Einfügung des Wortes „gottesfürchtig" in die Aufzählung der Eigenschaften, die das deutsche Volk zukünftig auszeichnen sollen. Hier recke sich ein Mann der alten Zeit auf.

Das „Berner Tagblatt" schreibt u. a., Michaelis habe ein politisches Bekenntnis abgelegt. Seine Ausführungen seien ruhig, bestimmt, abgewogen und sachlich und erweckten den Eindruck unbedingter Wahrhaftigkeit und Festigkeit. Nach Besprechung der einzelnen Abschnitte der Rede schließt das Blatt: Mit der Annahme der Friedensresolution durch den Reichstag ist der Kontakt mit dem Kanzler, der der Kundgebung im voraus zugestimmt hat, hergestellt worden. Der denkwürdige 19. Juli hat ein wichtiges Ergebnis gezeitigt: Deutschland ist zu einem Verständigungs- und Ausgleichsfrieden bereit. Dafür tritt sowohl die Reichsregierung als das Parlament ein. Die Entente darf die Kundgebung nicht übersehen. Vielleicht geben diese Worte das beste Bild vom neuen Kanzler. Er ist ein fester, gebietrischer Wille, der nicht, wie er früher einmal gesagt hat, gesonnen ist, ein stumpfes Schwert zu führen. Erst die Debatte wird zeigen, welcher von den beiden Reichstagsflügeln mit dem größten Vertrauen auf diesen Willen blickt.

Kaiser und Parlamentarier.

Ueber die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Parteiführern im Reichsamt des Innern wird dem „L. A." von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Aussprache in erster Linie die über alles Erwarten so günstige und namentlich für England verderbenbringende Entwicklung des U-Boot-Krieges betroffen habe. — Nach der „Deutschen Volkszeitung" seien Gespräche mit politischem Inhalt nicht geführt worden. — Wie dem „Börsenkurier" von einem Teilnehmer an der Besprechung mitgeteilt wird, seien die aktuellen Fragen der Parlamentarisierung und der Veränderungen in den Regierungsstellen nicht berührt worden. Die Zusammenkunft sei lediglich zu dem Zwecke erfolgt, dem Kaiser die Bekanntschaft mit dem Führern der Volksvertretung zu vermitteln. — Wie die „Voss. Ztg." hört, sei hier zum ersten Male der Kaiser auch mit sozialdemokratischen Abgeordneten als offiziellen Vertretern der sozialdemokratischen Partei zusammengetroffen.

Als militärischer Begleiter zum Reichskanzler kommandiert wurde Leutnant v. Prittwitz.

Der Kaiser

empfing Donnerstag abend den Staatssekretär Dr. Helfferich und den Minister von Loebell und hörte Freitag vormittag den Generalstabsvortrag.

Die Kaiserin empfing heute vormittag die Witwe und Tochter des verstorbenen Generalgouverneurs von Belgien, Freiherrn von Bissing.

England vor der Hungersnot.

Wiederholt wurde in den Zeitungen darauf hingewiesen, daß die Erfolge unserer U-Bootwaffe in England eine Krise zeitigen, welche die Versorgung mit dem notwendigen Lebensmitteln derart gefährdet, daß eine allgemeine Hungersnot unsern gefährlichsten Feind in absehbarer Zeit zum Nachgeben zwingen und ihm einem deutschen Frieden geneigt machen wird. Diese Notizen, verbunden mit den Berichten unserer Admiralität über die Größe der versenkten Tonnenzahlen, finden bei uns teilweise immer noch nicht genügend Würdigung. Als Belag dafür, daß England aber tatsächlich vor einer sehr ernsten Gefahr seiner Lebensmittelversorgung steht, dient der Brief einer in englischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen. Dieser schreibt am 26. Mai 1917, daß er sich für die erhaltene Sendung von einer Liebesgabendankt bittet vorläufig um keine Geldsendung wegen des Wertverlustes bei der Umrechnung und weil man sich jetzt selbst

Elektrolyt Georg Hirth
fördert die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt belebend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenpackungen für 50 Pfg. bis 6 Mk. Zu nach Belieben in den Apotheken oder direkt von der Ludwigs-Apotheke, München 44, Neuhauserstr. 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170721027/fragment/page=0002